

# Die UNO will Ihre Waffen

Von [David Kopel](#)

[Wall Street Journal](#) | 8. Juli 2006

Gestern ging die Überprüfungskonferenz der Vereinten Nationen zum Thema Kleinwaffen zu Ende und wurde von den Medien kaum beachtet. Das ist schade, denn dieses Treffen und die Initiative, zu der es gehört, verdienen viel mehr öffentliche Aufmerksamkeit – und Kritik – als sie bekommen.

Natürlich erregte die Konferenz die kritische Aufmerksamkeit der National Rifle Association, dank derer die Vereinten Nationen mit etwa 100.000 Briefen und Postkarten überflutet wurden. Das veranlasste den Vorsitzenden der Konferenz, Prasad Kariyawasam aus Sri Lanka, beharrlich zu betonen, dass sich die Konferenz „in keiner Weise mit dem legalen Waffenbesitz befasst“, während Generalsekretär Kofi Annan versprach, dass „wir gesetzestreuen Bürgern nicht ihr Recht verweigern wollen, im Einklang mit den nationalen Gesetzen Waffen zu tragen“. Beide Aussagen sind unaufrichtig.

Die Vereinten Nationen drängen seit langem darauf, dass Feuerwaffen niemals an „nicht-staatliche Akteure“ weitergegeben werden dürfen, d.h. an Akteure, die weder Regierungen sind noch von Regierungen anerkannt werden. Nur die Unnachgiebigkeit von John Bolton hat verhindert, dass die Regel für „nichtstaatlichen Akteure“ auf der letzten UN-Kleinwaffenkonferenz 2001 in das Aktionsprogramm aufgenommen wurde. Die Vereinten Nationen beharren jedoch weiterhin auf der Regel für „nichtstaatliche Akteure“, die, falls sie angenommen wird, den Verkauf von Waffen an Taiwan (das nach Ansicht der Vereinten Nationen kein Staat ist) zu einem Verstoß gegen das Völkerrecht machen würde. Sie würde auch Waffenverkäufe an jede Gruppe, die sich gegen Tyrannei oder Völkermord wehrt, illegal machen.

Letztes Jahr finanzierten UNESCO und UNICEF die Befürworter eines brasilianischen Referendums, das den Besitz von Feuerwaffen durch die Bürger verbieten sollte. Es wurde von 64 % der Wähler mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Vor einigen Monaten erläuterte Rubem Fernandes, Leiter von Viva Rio (jener von der UNO finanzierten Gruppe für das Verbot von Schusswaffen), bei einem Aufwärmtreffen für die diesjährige Konferenz über Kleinwaffen, was er aus dieser Erfahrung gelernt hatte: „Die erste Lektion ist, dass man der direkten Demokratie nicht trauen sollte.“

Die Speerspitze der UN-Kampagne zum Verbot von Waffen ist eine Nichtregierungsorganisation mit dem Namen IANSA (International Action Network on Small Arms). Dieses in London ansässige Konsortium von Gruppen, die sich für ein Verbot von Waffen einsetzen, darunter auch amerikanische Lobbys wie der Million Mom March und die Brady Campaign, hat einen großen Mitarbeiterstab zur Kleinwaffenkonferenz entsandt, von denen einige als

nationale Delegierte fungieren. Die Leiterin von IANSA, Rebecca Peters, nimmt kein Blatt vor den Mund: „Wir wollen eine drastische Reduzierung des Waffenbesitzes auf der ganzen Welt.“

IANSA-Mitglied Barbara Frey wurde von der UNO zur „Sonderberichterstatteerin für die Verhütung von Menschenrechtsverletzungen, die mit Kleinwaffen und leichten Waffen begangen werden“ ernannt. Frau Frey, Juraprofessorin an der Universität von Minnesota, ist der Ansicht, dass es eine Menschenrechtsverletzung darstellt, wenn eine Regierung waffenrechtliche Erlaubnisse nicht restriktiv handhabt, wobei „der Besitz von Kleinwaffen nur für bestimmte Zwecke genehmigt werden darf [und] Kleinwaffen ausschließlich für den Zweck verwendet werden dürfen, für den sie genehmigt wurden“. Würde diese Doktrin akzeptiert, würden die US-Regierung und jeder amerikanische Bundesstaat sofort einen Bruch internationalen Rechts begehen.

Aber die UNO spricht nicht über die extremen Menschenrechtsverletzungen, die im Namen der UNO-Waffenkontrolle begangen werden. Im Grenzgebiet von Kenia und Uganda werden im Rahmen gemeinsamer Militäroperationen Dörfer niedergebrannt, es wird das Vieh der Hirtenvölker beschlagnahmt, es wird gefoltert, gemordet, geplündert und über 100.000 Menschen wurden zu Flüchtlingen gemacht, von denen viele verhungern. Diese Gräueltaten werden im Rahmen des Nairobi-Protokolls verübt, eines regionalen Abkommens unter der Leitung der Vereinten Nationen, das die Unterzeichnerstaaten verpflichtet, Waffenbesitz ohne staatliche Genehmigung zu beseitigen.

In der Praxis war das Nairobi-Protokoll eine Rechtfertigung für ethnische Säuberungen. Am 26. Juni hat das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen nach fünf Jahren solcher Gräueltaten schließlich selbst die Mittel für die Entwaffnung Ugandas gestrichen (die UNO finanzierte die freiwillige Abgabe von Waffen, nicht die Militärkampagne). In Kenia wurden bisher keine Schritte unternommen, was den Missbrauch der Entwaffnung angeht.

In ähnlicher Weise hat die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) unter Führung der Vereinten Nationen die Einfuhr aller Feuerwaffen, mit Ausnahme derjenigen für den staatlichen Gebrauch, verboten. Obwohl Menschenrechtsgruppen davor gewarnt haben, dass zwei ECOWAS-Länder – die Elfenbeinküste und Guinea – am Rande eines Völkermords stehen, scheint die UNO entschlossen zu sein, die potenziellen Opfer des Völkermords genauso hilflos und wehrlos zu stellen wie die Opfer des Genozids in Darfur.

Die U.N.-Bürokratie und die Lobbys für Waffenverbote wussten, dass sie auf der Konferenz 2006 noch nicht alles erreichen konnten, was sie wollten. Dementsprechend wollen sie den „Kleinwaffen-Prozess“ in Gang halten, mit weiteren Konferenzen in den kommenden Jahren – wenn eine neue US-Regierung die internationalen Bemühungen, das Second Amendment zu unterlaufen vielleicht eher begrüßen als ablehnen wird. Hierfür gibt es einen Präzedenzfall: In den 1990er Jahren, als sich die UN-Kampagne gegen Kleinwaffen entwickelte, war die Clinton-Regierung ein begeisterter Befürworter davon – sie wei-

gerte sich sogar, sich den lateinamerikanischen Delegationen anzuschließen, die erklärten, dass es in einigen Ländern Traditionen des legitimen Besitzes von Sportwaffen gebe.

Darüber hinaus – und das ist eine Feinheit, die die Amerikaner erst allmählich verstehen – muss kein „Aktionsprogramm“ dieser oder einer künftigen Kleinwaffenkonferenz rechtlich bindend sein, um es rechtsverbindlich zu machen. Die Waffenverbotslobbys arbeiten bereits daran, zu behaupten, dass es eine internationale „Norm“ gegen den zivilen Waffenbesitz gibt. (Eine internationale „Norm“ ist mit dem Gewohnheitsrecht [common law] vergleichbar – im Gegensatz zum Völkerrecht, das durch formelle Verträge geschaffen wird.)

Der Beweis für eine solche Norm ergibt sich freilich aus der allmählichen Anhäufung von internationalen Erklärungen, Beschlagnahmungen und nationalen Beschränkungen, die die Waffenverbotslobbys und ihre Mitstreiter in den Regierungen eifrig in die Wege leiten. Der Oberste Gerichtshof der USA hat in letzter Zeit nicht ratifizierte Verträge als Beweis für internationale Normen angeführt, die für die Auslegung unserer Verfassung maßgeblich sein sollen.

Das Programm der Vereinten Nationen zur Kontrolle von Waffen, zu dem auch die gegenwärtig stattfindende Konferenz über Kleinwaffen gehört, hat bereits weltweit in vielen Ländern zu großem Leid und zum Verlust der bürgerlichen Freiheiten geführt. Die Amerikaner sind naiv wenn sie glauben, dass sie immer davor gefeit sein werden.

---

David Kopel ist Forschungsdirektor am [Independence Institute](#).

Den amerikanischen Originalartikel mit dem Titel „**The U.N. Wants Your Gun**“ kann man hier <https://davekopel.org/2A/Foreign/un-wants-your-gun.htm> und hier <https://www.wsj.com/articles/SB115231797501901294> abrufen.

Mehr von David Kopel zum Thema [Waffenkontrolle durch die Vereinten Nationen](#)